

Gewerkschaftliche Anforderungen an die Reform der LehrerInnenbildung sind bei einer gemeinsamen Schwerpunktsitzung des Referats Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung und der Fachgruppe Hochschule und Forschung entwickelt worden. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse vorgestellt.

Referat und Fachgruppe hatten in Hannover zu einer Schwerpunktsitzung über die „LehrerInnenbildung in Niedersachsen“ eingeladen und konnten eine stattliche Zahl von TeilnehmerInnen begrüßen: darunter Ressortverantwortliche auf Landesverbandsebene, die zugleich den Vorstandsgremien der niedersächsischen GEW angehören, sowie aus allen vier Bezirksverbänden, Mitglieder der Schulfachgruppen, RepräsentantInnen der lehrerbildenden Hochschulstandorte Braunschweig, Göttingen, Lüneburg, Oldenburg und Osnaabrück, Angehörige der Studienseminare in Buchholz, Hannover, Helmstedt und Lüneburg, eine Fachleiterin aus Salzgitter sowie einen veritablen Lehramtsstudenten aus Hannover, mit dem auch die „Junge GEW“ dabei war.

Angetreten waren die VeranstalterInnen mit dem bescheidenen Anspruch, zunächst eine Sachstandsanalyse vorzunehmen und sich ein Bild über die aktuellen Diskussionen im Land zu machen. Deshalb sind sie auch selbst tätig geworden statt auswärtige ExpertInnen zum Referat einzuladen und haben eine thematische Auswahl sowie inhaltliche Schwerpunktsetzung auf der Ersten und Zweiten Ausbildungsphase vorgegeben. Letztere hat Birgid Schellwald im Nachmittagsprogramm einer kritischen Bilanz unterzogen und Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung zur Diskussion gestellt. Ein wichtiges Anliegen war insgesamt, die Überlegungen des Hochschulbereichs mit denen der anderen Referate bzw. der Schulfachgruppen und Ausbildungsseminare, also aller an der LehrerInnenbildung beteiligten Partner, zusammenzuführen – das ist durch intensive Gespräche und einen breiten Erfahrungsaustausch gelungen!

Das Vormittagsprogramm wurde von Claudia Kleinwächter mit einem Überblick über die wichtigsten Etappen der LehrerInnenbildungsdiskussion eröffnet. Sie seien hier wiederholt, weil sie das Verständnis für den gegenwärtigen Sach-

stand und die aktuellen Reformperspektiven eröffnen:

- Am 19. Februar 1998 veröffentlicht die Kultusministerkonferenz (KMK) einen sog. Problemaufriss zum Thema „Lehrerbildung“. Dieser Abschlussbericht der unter dem Vorsitz des saarländischen Staatssekretärs R. Pernice eingesetzten Kommission trägt den Titel Zur Situation der Lehrerbildung: Zustandsanalyse und Problembeschreibung. Er enthält die erste systematische und kritische Bestandsaufnahme zur LehrerInnenbildung in allen 16 Bundesländern.

ETAPPEN DER DISKUSSION ÜBER DIE LEHRERBILDUNG

- Am 2. November 1998 verabschiedet die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) auf ihrem 186. Plenum Empfehlungen zur Lehrerbildung, die von einer eigenen „Arbeitsgruppe Lehrerbildung“ erarbeitet wurden. Sie sollen eine eigenständige Position der Hochschulen darstellen und verstehen sich

Gewerkschaftliche Anforderungen an die Reform der Lehrerausbildung

STRUKTURREFORMEN ALLEIN REICHEN NICHT AUS

als Reaktion auf die am 28. Februar 1997 ohne Abstimmung mit den Hochschulen von der KMK verabschiedeten Rahmenvereinbarungen über die Ausbildung und Prüfung der Lehramter in der Bundesrepublik Deutschland.

- Am 21./22. Oktober 1999 übergibt Prof. Dr. E. Terhart als Vorsitzender der im September 1998 eingesetzten „Gemischten Kommission Lehrerbildung“ dem Plenum der KMK deren Ergebnisse: Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Abschlussbericht der von der KMK eingesetzten Kommission. Darin werden Anforderungen an eine zukunftsorientierte LehrerInnenbildung formuliert und konkrete Reformvorschläge innerhalb der traditionellen Rahmenstruktur (universitäre Lehrerbildung, Zweiphasigkeit, zwei Staatsexamina) unterbreitet.

- Als erstes Bundesland reagiert Hamburg auf die KMK-Empfehlungen und setzt noch im November 1999 eine eigene Kommission zu deren Umsetzung ein. Diese legt im September 2000 einen Abschlussbericht vor, den J. Keuffer/J. Oelkers (Hrsg.), Reform der Lehrerbildung in Hamburg. Abschlussbericht der von der Senatorin für Schule, Jugend und Berufsbildung und der Senatorin für Wis-

senschaft und Forschung eingesetzten Hamburger Kommission Lehrerbildung, Weinheim/Basel 2001 veröffentlichten.

- Demgegenüber favorisiert der in NRW eingerichtete Expertenrat im Rahmen des Qualitätspaktes in seinem Abschlussbericht vom 20. Februar 2001 eine Umstrukturierung des Lehramtsstudiums nach dem Modell der gestuften und modularisierten, konsekutiven BA/MA-Studiengänge. Dabei soll die lehramtsspezifische Bildung mit ihren erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Anteilen sowie verschiedenen Praxisphasen in der postgradualen Phase erfolgen (sog. Lehrermaster nach einem polyvalenten Zwei-Fach-Bachelor). Damit nimmt er die

- am 16. November 2001 vom Wissenschaftsrat (WR) vorgelegten Empfehlungen zur künftigen Struktur der Lehrerbildung vorweg. Diese wurden von einer vom WR eingesetzten „Arbeitsgruppe zur künftigen Struktur der Lehrerbildung“ seit Mai 2000 erarbeitet.

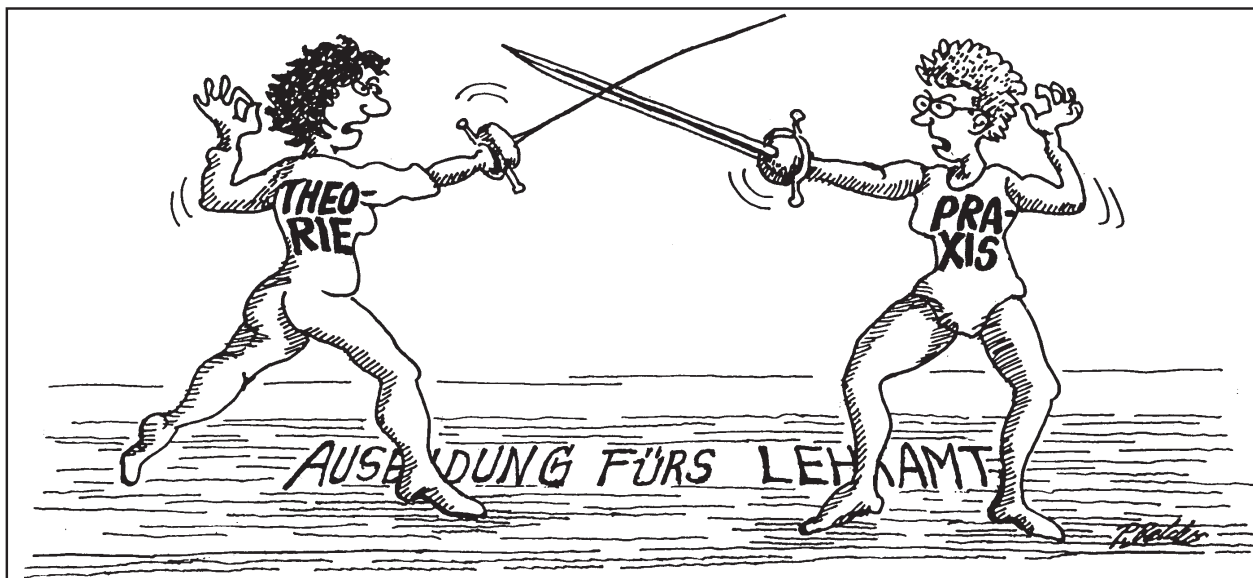
- Auf seiner Herbst-Sitzung vom 13. bis 15. November 2002 in Saarbrücken hat der WR seine Position bekräftigt und erneuert eine Anpassung der staatlichen Abschlüsse auch in der Ausbildung von Lehrern an die 1999 in Bologna verabschiedeten Rahmenvorgaben gefordert.

Nicht nur die hier genannten, sondern alle mittlerweile auf Bundes- und Länderebene eingesetzten ExpertInnengremien stimmen in einem wesentlichen Punkt uneingeschränkt überein: in der Defizitbeschreibung der gegenwärtig praktizierten LehrerInnenbildung. Sie umfasst im wesentlichen fünf Punkte:

1. Defizite in den einzelnen Studienanteilen (Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik und Fachwissenschaft) und in ihrem Verhältnis zueinander
2. Defizite in der institutionellen Verortung des Studiums an der Hochschule und in seiner Struktur
3. Defizite bei der Unterteilung der Ausbildungsphasen in Studium und Vorbereitungsdienst
4. Defizite in der Fort- und Weiterbildung
5. Defizite im berufsfeldbezogenen Forschungsbereich

Während in der Mängelanalyse breites Einvernehmen herrscht, sind bei den Reformbemühungen dagegen erhebliche Unterschiede in den 16 Bundesländern festzustellen, und zwar sowohl hinsichtlich des Reformzeifers als auch bei der Prioritätensetzung in strukturellen und inhaltlichen Fragen. Bei der Beurteilung der Reformansätze ist

allerdings zu berücksichtigen, dass mögliche Handlungsspielräume längst klar umgrenzt sind. Deshalb haben Sabine Kiel und Richard Lauenstein im zweiten Teil des Vormittagsprogramms die bildungspolitischen Zielsetzungen und gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Europa-, Bundes- und Landesebene in Erinnerung gerufen. Dabei ist eines deutlich geworden: durch den Grundkonsens über die Beteiligung am Bologna-Prozess ist mittels der 4. HRG-Novelle vom 20. August 1998 (§§ 18 bis 19) und ihrer Ergänzung durch das 6. HRGAndG



vom 15. August 2002 für die Strukturreform des deutschen Hochschulstudiums eine irreversible Weichenstellung zugunsten der gestuften und modularisierten Bachelor- und Master-Studiengänge erfolgt.

ÜBEREINSTIMMUNG BEI DER DEFIZITBESCHREIBUNG

Gleichwohl finden sich auf Landesebene für die universitäre LehrerInnenbildung zwei konkurrierende Reformansätze. Um sich davon ein Bild zu machen, sei auf zwei nicht mehr brandaktuelle, gleichwohl noch immer nützliche Übersichten verwiesen:

- Bestandsaufnahme zur Reform der Lehrerbildung in den Ländern. Datensatz zu Reformoptionen, Planungen und Maßnahmen im Rahmen der Reform der Lehrerbildung im Auftrag der Hamburger Kommission Lehrerbildung vom Januar 2001

- die im Auftrag eines BMBF-Projektes (B8330) von G. Bellenberg/A. Thierack im Oktober 2001 vorgelegte Studie Die LehrerInnenausbildung in Deutschland – Bestandsaufnahme und Reformbestrebungen

Den neuesten Stand erfährt man aus dem Ergebnis einer Länderumfrage des Sekretariats der KMK zur Reform der Lehrerbildung, das am 10. Oktober 2002 veröffentlicht wurde.

Demnach orientieren sich die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, das Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein in ihren Reformbestrebungen mehr oder weniger an den 1999 vorgelegten Empfehlungen der KMK-Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. E. Terhart. Sachverständige Reformkommissionen raten hier dazu, schwerpunktmäßig nach Verbesserungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden Rahmenstrukturen (universitäre LehrerInnenbildung für alle Lehramter, Zweiphasigkeit von Studium und Vorbereitungsdienst an Hochschule und Studienseminar, zwei Staatsexamina) zu suchen.

Demgegenüber favorisieren die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen eine Umstrukturierung des Lehramtsstudiums nach dem Prinzip der BA/MA-Studiengänge, wie sie zuerst 1998 die HRK empfohlen hatte. Das seit 2001 vom nordrhein-westfälischen Expertenrat und vom WR propagierte Konzept des schulrelevanten Lehrer-MA ohne fachwissenschaftliche Studienanteile im Anschluss an einen rein fachwissenschaftlichen BA-Studiengang stellt dazu eine zugespitzte Variante dar, die sich bislang nirgends etabliert hat.

Derzeit wird vielerorts an neuen Strukturen gearbeitet, es befinden sich allerdings bundesweit erst drei konkrete Lehramtsstudiengänge als Modellversuche in der Erprobung:

- der seit dem WS 2001/02 an der Universität Greifswald eingeführte Studiengang Bachelor/Master of Education, der in nur fünf Fächern angeboten wird: Deutsch, Englisch, Französisch, Geschichte und Sport.

- die Studiengänge „gestufte Lehrerbildung“ in einem größeren Fächerspektrum an den Universitäten Bielefeld und Bochum seit dem WS 2002/03.

NEUE LEHRAMTSSTUDIENGÄNGE AUSNAHMSLOS AN UNIS ANGESIEDELT

Die von Claudia Kleinwächter auf der Schwerpunktsitzung vorgestellten BA/MA-Modellstudiengänge und der allseits beachtete Entwurf aus Rheinland-Pfalz lassen erkennen, dass die neuen Lehramtsstudiengänge ausschließlich an Universitäten angesiedelt sind. Sie bemühen sich alle um die Integration von Theorie und Praxis, jedoch mit unterschiedlicher Gewichtung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und grundwissenschaftlichen sowie zusätzlichen Ausbildungsanteilen

(general studies/soft skills), überdies in Abhängigkeit von der Schulform. Auch hinsichtlich der Prüfungsanforderungen, besonders im Verhältnis zur Ersten Staatsprüfung, differieren die Vorschläge erheblich, das gilt gleichermaßen für die Studiengangbezeichnungen.

Es mag nun ein wenig überraschen, dass auch in Niedersachsen inzwischen die meisten der lehrerbildenden Hochschulstandorte dabei sind, BA/MA-Studiengänge für die Lehramter zu entwickeln: die Universität Oldenburg sowie die Universitäten Braunschweig, Göttingen (nur MA-Aufbaustudiengang „Schulpädagogik und Didaktik“), Hannover, Lüneburg und Osnabrück im sog. Verbund-„Modellversuch gestufte Lehrerbildung“. Dies geschieht nämlich keineswegs durch den Druck landesgesetzlicher Vorgaben, denn in der NHG-Novelle vom 24. Juni 2002 (§§ 6 bis 8) ist das zukünftige Nebeneinander der neuen und der traditionellen Studiengänge festgeschrieben. Allerdings sollen alle Studiengänge auf ein Leistungspunktsystem umgestellt werden, damit geht faktisch ihre Modularisierung einher.

REFORM UNTER SPÜRBAREM DRUCK

Auch die Ende 2001 veröffentlichten Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Niedersachsen der „Arbeitsgruppe Lehrerbildung der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. E. Terhart be-

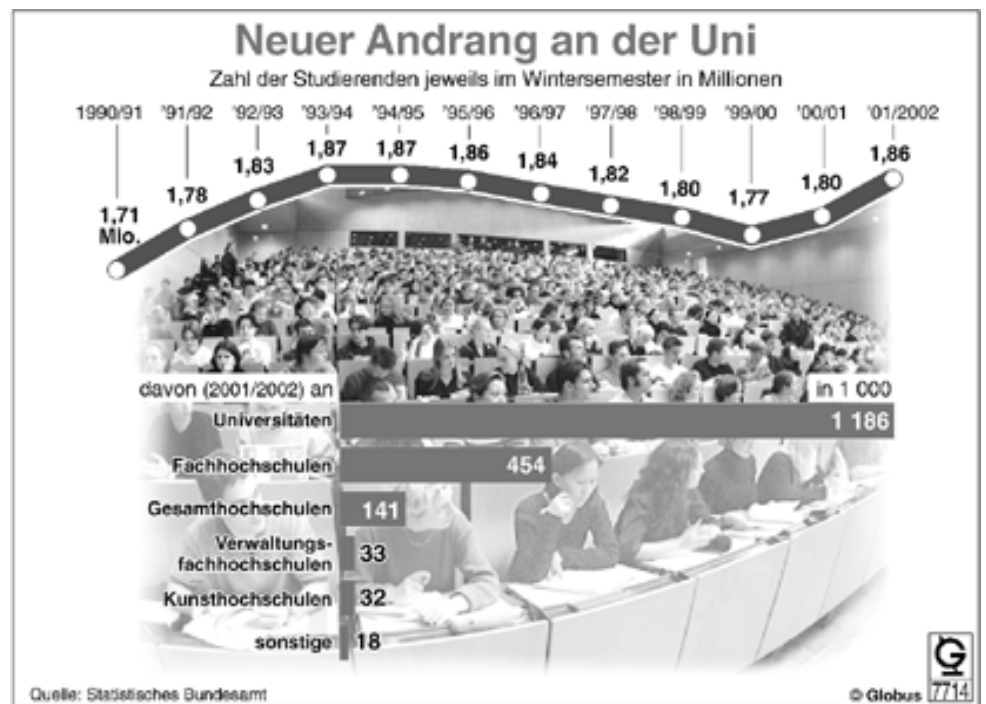
- Danach gab es eine externe Evaluation durch eine Gutachtergruppe unter dem Vorsitz von Prof. Dr. H.-E. Tenorth (Berlin). Die Begutachtung erfolgte auf der Grundlage der von den Hochschulen verfassten „Selbstberichte“ in Form einer Begehung der beteiligten Standorte durch die Gutachterkommission vom 12. bis 15. und 19. bis 22. Juni 2001.

- Schon während des SS 2000 hat eine interne Evaluation von Lehre und Studium in den Grundwissenschaften der Lehramtsausbildung stattgefunden.

SPD FÜR BREIT ANGELEGTE MODELLVERSUCHE

- Ihr folgte von November 2000 bis Februar 2001 die externe Evaluation von Lehre und Studium in den Grundwissenschaften der Lehramtsausbildung durch die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEVA).

Alle diese Evaluationen haben – übrigens in bemerkenswerter Übereinstimmung von interner und externer Wahrnehmung – die genannten Defizite der LehrerInnenbildung klar bestätigt. Folgenreicher ist jedoch, dass abschließend eine Gruppierung aller evaluierten niedersächsischen Hochschulen nach der Qualität der LehrerInnenbildung vorgenommen wurde, denn hier gibt es eindeutige Gewinner und Verlierer: So waren etwa die Hochschule Vechta und die Universität Göttingen bei der For-



vorzuzug unverkennbar die grundständige LehrerInnenbildung im strukturellen Rahmen traditioneller Lehramtsstudiengänge.

Dennoch stehen die niedersächsischen Reformbemühungen unter einem spürbaren Druck, der dadurch ausgelöst wurde, dass in Niedersachsen als erstem und einzigem Land eine systematische Forschungs- und Lehrevaluation von Teilbereichen der universitären LehrerInnenbildung stattgefunden hat:

- Im Frühjahr 2001 wurde zunächst an den niedersächsischen Hochschulen eine interne Evaluation der Forschung in den Berufswissenschaften der lehrerbildenden Fächer durchgeführt. Damit sind Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik, Berufspädagogik und Sonderpädagogik, Pädagogische Psychologie, die Didaktiken der verschiedenen Schulfächer sowie Teile der Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaft gemeint.

schungsevaluation in der gleichen untersten Ranggruppe 3 gelandet und plötzlich mit der Drohung konfrontiert, das Lehramtsstudium zu verlieren, wenn nicht umfassende Reformmaßnahmen in Forschung und Lehre in den Berufswissenschaften der LehrerInnenbildung eingeleitet würden. Der Wettbewerb unter den lehrerbildenden Hochschulstandorten hat sich jedenfalls seitdem enorm verschärft.

Der Druck wurde überdies seitens der Politik erhöht, nachdem sich die SPD-Landtagsfraktion in einem Positionspapier vom 18. April 2002 grundsätzlich für die Durchführung breit angelegter Modellversuche von BA/MA-Studiengängen in der LehrerInnenbildung ausgesprochen hat. Wie aus einer am 28. November 2002 veröffentlichten gemeinsamen Information des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sowie des Kultusministeriums hervorgeht, haben sich die Ressortverantwortlichen mittlerweile auf einen Verbund-„Mo-

dellversuch gestufte Lehrerbildung“ verständigt, der inhaltlich und strukturell dem sog. Osnabrücker Psi-Modell entspricht. Seine bislang nicht begrenzte Erprobungsphase soll nach einer Entscheidung des Landeskabinetts am 3. Dezember 2002 im WS 2003/04 in Braunschweig, Hannover und Osnabrück sowie wahrscheinlich auch in Hildesheim und Lüneburg beginnen, vielleicht auch in Oldenburg.

GEWERKSCHAFTEN OFFENSIV AN DER DEBATTE BETEILIGT

Die Gewerkschaften haben die politischen Vorstöße aufmerksam verfolgt und sich offensiv an der Debatte beteiligt: So hat der DGB bereits in seiner Stellungnahme vom 1. August 2002 zu dem besagten SPD-Positionspapier einige der zentralen Kritikpunkte der niedersächsischen GEW bekräftigt und eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der flächendeckenden Einführung von BA/MA-Studiengängen in der LehrerInnenbildung zum Ausdruck gebracht. Nach Auffassung der GEW greift die bislang in Niedersachsen geführte Debatte viel zu kurz: Strukturreformen allein reichen nicht aus, die umfassend beschriebenen Defizite der LehrerInnenbildung zu beseitigen! Deshalb haben die TeilnehmerInnen der Schwerpunktsetzung in einer von Richard Lauenstein durch ein Impulsreferat eingeleiteten und von Claudia Kleinwächter moderierten Abschlussdiskussion am Spätnachmittag konkrete Forderungen aufgestellt. Sie knüpfen an die am 23. Juni 2001 vom GEW-Hauptvorstand beschlossenen „Eckpunkte zur Reform der LehrerInnenbildung“ an und werden auf der nächsten Landesvorstandssitzung am 27. Februar 2003 als Beschlussvorlage eingebracht:

- Reformansätze dürfen sich nicht allein auf die Erste Ausbildungsphase beziehen, sondern müssen gleichermaßen das Referendariat und die Berufseingangsphase umfassen sowie schließlich die professionsgemäße Fort- und Weiterbildung im Berufsleben. Deshalb ist die Entwicklung von aufeinander abgestimmten Kerncurricula für alle Ausbildungsteile unabdingbar.

- Für die Durchführung von Modellversuchen mit der BA/MA-Struktur müssen eindeutige Rahmenbedingungen gelten. Deshalb sollte beispielsweise der Erprobungszeitraum auf den Umfang einer Regelstudienzeit begrenzt und damit zugleich garantiert werden.

- Die Durchführung von Modellversuchen mit der BA/MA-Struktur muss einem klaren Kriterien-Katalog verpflichtet sein, wie ihn die „Arbeitsgruppe Lehrerbildung der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen“ bereits erarbeitet hat (Empfehlungen 2001, S. 84 ff.). Dort heißt es:

- wenn gestufte Studiengangstrukturen eingeführt werden, dann müssen sie für alle Lehramter gleichermaßen konzipiert sein.

- Daher sollten an einem Standort auch möglichst alle Lehramtsstudiengänge in den Modellversuch einbezogen werden.

- gestufte Lehramtsstudiengänge erfordern an den Hochschulstandorten insgesamt eine Umstellung auf das BA/MA-Modell, um die notwendige Breite an Fächerkombinationen für ein universitäres Lehramtsstudium zu gewährleisten.

- gestufte Studiengänge in der LehrerInnenbildung müssen sowohl auf Bachelor- als auch auf Masterebene Zwei-Fach-Modelle + general studies sein, weil auch in Zukunft vom Zwei-Fach-Lehrer auszugehen ist.

- innerhalb der gestuften Studiengangstruktur wird ein zeitlicher Zusammenhang und die Integration von Fachstudien, Fachdidaktiken und Grundwissenschaften gefordert.

- die Erste Staatsprüfung als die Lehrerqualifikation soll für alle Lehramter erst auf der Master-Ebene erworben werden. Die AG spricht sich gegen eine Ausrichtung der Regelstudienzeit an Schulstufen- bzw. -formen aus, und führt dagegen auch Status- und Besoldungsfragen ins Feld.

- in Modellen gestufter LehrerInnenbildung muss das Verhältnis zur Zweiten Ausbildungsphase explizit geklärt sein, d. h. wo die unmittelbare Qualifizierung zur Berufsfertigkeit zu verorten ist.

- die AG fordert eine externe Evaluation der Modellversuche.

EMPFEHLUNGEN DER TERHART-KOMMISSION AUFGREIFEN

Der soeben von der Landesregierung beschlossene Modellversuch erfüllt diesen Kriterien-Katalog nur zum Teil! Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre darüber hinaus die Erprobung unterschiedlicher Modelle wünschenswert gewesen. Außerdem stellt sich die Frage, warum es keinen Modellversuch gibt, der die eigentlichen Empfehlungen der niedersächsischen „Terhart-Kommission“ aufgreift und erprobt. Anscheinend hat die hochschulpolitische

Expertise dieses Sachverständigenremiums allenfalls eine geringe oder sogar gar keine Bindungskraft für die politischen Entscheidungsträger!

NOTWENDIG IST EINE EHRLICHE EVALUATION

Die kritische und ehrliche Evaluation der neuen gestuften und modularisierten Lehramtsstudiengänge ist deshalb ein wichtiges gewerkschaftliches Anliegen! Vor allem, nachdem wir erleben mussten, dass mit der 6. HRG-Novelle die Erprobungsphase der BA/MA-Studiengänge leichtsinnig abgebrochen wurde, indem man sie - all unseren Bedenken zum Trotz (s. die GEW-Stellungnahme zum 6. HRGÄndG vom 17. April 2002 = Dok-HuF-2002/20) und ohne jede sachliche Notwendigkeit - zum Regelfall erhoben hat.

Auch die neuen Lehramtsstudiengänge werden im Hinblick auf die Berufsperspektiven der Bachelor-AbsolventInnen und ihren Polyvalenzanspruch überprüft werden müssen, mehr aber noch, ob sie wirklich geeignet sind, die Probleme der LehrerInnenbildung zu beseitigen.

Nach Ansicht der SitzungsteilnehmerInnen kann eine Strukturreform allenfalls ein Mittel sein, um die dringend erforderliche inhaltliche Reform zu transportieren. Das oberste Reformziel besteht darin, die LehrerInnenbildung zukünftig an der Entwicklung von verschiedenen komplementären Kompetenzen zu orientieren. Dazu bedarf es aber als allererstes eines „Berufsleitbildes“ für LehrerInnen wie es die GEW ebenfalls seit langem einfordert (s. EuW Niedersachsen 6/2000, 12 f.).

Hinweis: Die Synopse zu den BA/MA-Modellstudiengängen in der Lehrerbildung kann über die GEW-Geschäftsstelle in der Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 3 38 04-0, Fax 3 38 04-21 bzw. B.Engelke@GEW-Nds.de abgerufen werden.

E&W NIEDERSACHSEN

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Telefon (05 11) 3 38 04-0, Fax (05 11) 3 38 04-46

Vorsitzender:

Torsten Post, Hannover

Verantwortl. Redakteur:

Joachim Tiemer, Hildesheim

Redaktion:

Dr. Margit Frackmann, Richard Lauenstein, Hans Lehnert, Almut Lüpkes, Brunhild Ostermann, Jürgen Sonnemann, Horst Vogel, Norbert Voß

Postanschrift der Redaktion:

EuW, An der Beeke 5 B, 31137 Hildesheim
Fax (0 51 21) 6 52 50
E-Mail: Joachim.Tiemer@t-online.de

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.). Redaktionsschluss ist der 15. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. (02 01) 8 43 00-0

Fax (02 01) 47 25 90

E-Mail: anzeigen@stamm.de

Internet: www.stamm.de

Verantw. für Anzeigen:

Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 26

vom 1. Oktober 2001

Anzeigenschluss am 20. des Vormonats

Gesamtherstellung:

Kornelia Schick

Adlerstraße 8, 31228 Peine

Tel. (0 51 71) 2 42 54, Fax (0 51 71) 92 93 97

Druck: Druckhaus A. Schlaeger GmbH,

Woltorfer Straße 116, 31224 Peine,

Tel. (0 51 71) 4 00 20, Fax (0 51 71) 1 64 24

ISSN 0170-0723



Vorlesung im Audimax. Die neuen Lehramtsstudiengänge sind ausnahmslos an Universitäten angesiedelt.

Foto: Manfred Vollmer